

Eigeninitiative wird belohnt

GRUNDEINKOMMEN Wie steht es um den Leistungswillen, wenn der Staat einen Sockelverdienst garantiert? Thüringens CDU-Ministerpräsident und ein Grünen-Politiker präsentieren ein gemeinsames Konzept

Von Dieter Althaus und Wolfgang Strengmann-Kuhn

Fast alle Parteien diskutieren Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens beziehungsweise der negativen Einkommenssteuer, besonders intensiv in der CDU und bei Bündnis 90/Die Grünen. Die CDU beschäftigt sich mit einem ganz konkreten Grundeinkommenskonzept, dem „solidarischen Bürgergeld“. Dafür wurde eigens auf Bundesebene eine Kommission eingesetzt. In vielen Vereinigungen der Union finden Informationsveranstaltungen zum solidarischen Bürgergeld statt. Bei Bündnis 90/Die Grünen wurden mehrere Modelle zum bedingungslosen Grundeinkommen entwickelt. Sie sollen, so wie das solidarische Bürgergeld, ein transparenteres, leistungsfähigeres und effektiveres Steuer- und Transfersystem schaffen, das Armut verhindert. Der Sachverständigenrat hat erst vor kurzem bestätigt, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu einer „dramatischen Reduzierung der Armutsquote“ führen würde.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens greift in beiden Parteien um sich und findet immer mehr Zuspruch. Sie wird als Chance gesehen, den Dschungel an Sozialleistungen zu vereinfachen. Man erhofft sich, dass die verdeckte und verschämte Armut effektiv eingedämmt wird. Den Konzepten beider Parteien ist gemeinsam, dass allen Bürgerinnen und Bürgern unbürokratisch und ohne Bedürftigkeitsprüfung ein existenzsichernder Grundbetrag zur Verfügung gestellt wird, die Transfers individualisiert werden, alle Bürgerinnen und Bürger krankensicher sind und man nicht prüft, welche Form von Arbeit, ob Erwerbsarbeit, Familienarbeit oder ehrenamtliche Arbeit, geleistet wird.

Wir stehen hinter dieser Idee und werben in unseren Parteien für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wir freuen uns über die wachsende Zustimmung, aber wir neh-

men auch die Vorbehalte ernst. In beiden Parteien gibt es Befürchtungen, dass mit dem Grundeinkommen Geld mit der Gießkanne ausgeschüttet, dass die Faulenzmentalität gefördert und der Leistungsgedanke verletzt werde. Vordergründig mag diese Kritik plausibel erscheinen, da nach unseren Konzepten alle Bürger ein Grundeinkommen bekommen sollen, ohne dafür eine Leistung erbringen zu müssen. Bei genauerem Hinsehen wird aber deutlich, dass der Leistungsgedanke eine deutlich stärkere Rolle spielt als heute und es mehr Anreize gibt – gerade wegen der Ausgestaltung des Grundeinkommens beziehungsweise Bürgergeldkonzepts –, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.

Im derzeitigen Transfersystem sind die Arbeitsanreize äußerst gering. Die Ausgestaltung zahlreicher sozialer Sicherungssysteme, wie das Arbeitslosengeld II (ALG II), behindert den Wechsel in Erwerbsarbeit, da den Empfängern die Früchte ihrer Arbeit aberkannt werden. Wer ALG II bezieht und gleichzeitig eine Beschäftigung annimmt, die den Lebensunterhalt nicht deckt, bekommt bis zu 90 Prozent seines Verdienstes von der Arbeitsagentur abgenommen. Die Folge ist, dass diese Personen durch Erwerbsarbeit nicht belohnt werden: Sie bemühen sich, nachdem ihnen bis auf ein sogenanntes Schonvermögen alles angerechnet wurde, aus der Misere herauszukommen. Gehen sie einer Erwerbstätigkeit nach, dürfen sie aber kaum etwas von ihrem Einkommen behalten.

Dadurch wird die Eigeninitiative behindert statt gefördert. Wer sich anderweitig engagiert, zum Beispiel für die Familie, sich weiterbildet oder ehrenamtlich tätig ist, unterliegt sogar dem Risiko, dass die Hartz-IV-Leistungen gestrichen werden, weil er dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht.

Ist dieses Problem im heutigen System lösbar? Ist es möglich, die Arbeitsanreize zum Beispiel beim ALG II zu verbessern oder gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten stärker zu berücksichtigen? Wir sind der Meinung, dass der



Dieter Althaus ist Ministerpräsident des Freistaates Thüringen und Mitglied des Präsidiums der CDU.



Wolfgang Strengmann-Kuhn ist Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen und Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität in Frankfurt. FOTO: MARC DARCHINGER

Sozialstaat alter Prägung an seine Grenzen stößt. Man kann natürlich dafür sorgen, dass die Menschen, wenn sie Transfers erhalten und ein zusätzliches Einkommen erwirtschaften, einen größeren Teil des zusätzlich erwirtschafteten Einkommens behalten dürfen. Dies ändert jedoch nichts an dem grundsätzlichen Problem, dass viele Erwerbseinkommen aus einer Vollzeitbeschäftigung nicht mehr existenzsichernd sind und gerade Geringqualifizierte in Deutschland überdurchschnittliche Probleme haben, eine Beschäftigung zu finden.

Ohne Frage muss deutlich mehr in Bildung und Weiterbildung investiert werden. Aber damit allein lässt sich dieses Problem nicht lösen. Viele Menschen in unteren Einkommensbereichen werden es auch in Zukunft kaum schaffen, ohne Transferbezug ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften.

ten. Sie haben nach unserer Meinung aber ein Recht darauf, sich einbringen zu können, eine Beschäftigung zu bekommen und davon leben zu können.

Alle Geringverdiener, die kein ALG II beantragen, sind deutlich benachteiligt gegenüber denjenigen, die diesen bürokratischen Akt durchlaufen. Millionen Menschen, die einen Anspruch auf ALG II hätten, beziehen aus Unkenntnis, aufgrund des Stigmas des Hartz-IV-Empfängers oder aus anderen Gründen keine Leistungen. Eine Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten allein bringt diesen Erwerbstätigen überhaupt nichts. Ihre Benachteiligung gegenüber jenen, die staatliche Transfers erhalten, würde sich vergrößern und die daraus resultierenden Ungerechtigkeiten sich weiter verschärfen.

Hinzu kommt, dass die Bundesagentur für Arbeit, die für die Administration des ALG II zuständig ist, schon heute aufgrund des hohen bürokratischen Aufwands Probleme hat, die Anträge fristgerecht und korrekt zu bearbeiten. All dies zeigt, dass Reformen innerhalb des bestehenden Grundsicherungssystems zwar theoretisch denkbar sind, diese aber in der Praxis kaum umsetzbar wären und zusätzliche Gerechtigkeitsprobleme nach sich zögen. Das Bürgergeld-System macht die meisten Steuerfreibeträge überflüssig und soziale Leistungen wie das ALG II, das Sozialgeld und cetera, die das Existenzminimum absichern sollen, werden zusammengefasst.

Zusätzliche Leistungen für besondere Lebenslagen oder eine Rente bleiben erhalten. Die Steuer- und Abgabenbelastung für untere und mittlere Einkommen liegt deutlich unter dem heutigen Stand. Schwarzarbeit wird unattraktiver. Leistung lohnt sich wieder, ohne dass die Menschen gegängelt oder unter Druck gesetzt werden. Dies sind nur einige, aber wichtige Gründe, die für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens und eine Abkehr von dem System des ALG II sprechen. Sowohl bei der CDU als auch bei den Grünen wird im Zuge der Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen gefordert, das Steuer- und Sozialsystem stark zu vereinfachen und aufeinander abzustimmen.

Es kann nicht die Rede davon sein, dass sich hier „egalitäre Sozialpolitik“ bei den Grünen und der CDU durchsetzen, die jegliche Leistungsgedanken aus den Sozialtransfers heraushalten wollen. Im Gegenteil: Wir sind der Überzeugung, dass sich Leistung wieder lohnen und der Übergang vom Transfersystem in die Erwerbsarbeit durchlässiger gestaltet werden muss. Dabei setzen wir auf positive Anreize, ohne noch mehr Druck und bürokratische Gängelung einführen zu wollen.

Wir glauben, dass Deutschland den Mut braucht, visionäre Ideen wie das Grundeinkommen aufzugreifen. Zu Recht glauben die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr daran, dass das aktuelle Sozialversicherungssystem zukunftsfähig ist. Wenn von den politischen Verantwortlichen keine Antworten auf die Herausforderungen durch Globalisierung und demografischen Wandel gegeben werden, schwindet auch das Vertrauen in die Politik und letztlich in die Demokratie insgesamt. Politik braucht den Mut zu neuem Denken über alte Gräben hinweg.

WORTSCHATZ

Hexensabbat

Sie trafen sich nachts an einem geheimen und abgelegenen Ort, um mit dem Teufel zu feiern. Der Hexensabbat gehörte für die Menschen des frühen 15. Jahrhunderts wie der Hexenflug, Teufelspakt, Teufelsbuhlschaft und Schadenszauber zu den fünf wichtigsten Elementen der Hexenlehre, die sich in der Zeit um 1430 zuerst in der Westschweiz entwickelte. Im 16. und 17. Jahrhundert breitete sich diese Lehre aus und bildete die zentralen Anklagepunkte in den Hexenprozessen, die für die Angeklagten nach ausgiebigen Folterungen zumeist mit dem Tod auf dem Scheiterhaufen endeten.

Südlich von Thale im Ostharz gibt es einen bekannten Hexentanzplatz, an dem noch heute in der Walpurgisnacht die rituellen Traditionen gepflegt werden. Der Hexensabbat der Neuzeit hat sich das Börsenparkett als Austragungsort gewählt und ist weder geheim noch von teuflischen Ritualen geprägt, auch wenn es einige Anleger mitunter an-

ders sehen mögen. Viermal im Jahr werden Terminkontrakte in allen finanziellen Kategorien fällig, sodass es an den Börsen weltweit zu einem hohen Handelsvolumen und stark schwankenden Kursen kommt.

Der korrektere Ausdruck für den Hexensabbat ist eigentlich der „große Verfallstag“, doch ist dieser Begriff irgendwie zu sachlich, und daher hat sich weltweit der Begriff Hexensabbat durchgesetzt. An diesem Tag – immer der dritte Freitag des dritten Monats im Quartal – versuchen die professionellen Marktteilnehmer die Kurse durch geschickte Transaktionen so zu beeinflussen, dass sie mit ihren Terminkontrakten ein positives Ergebnis erreichen. Der nächste aktuelle Termin ist der 21. März, Karfreitag.

Beim letzten Hexensabbat im Dezember überschritt der Dax an der Frankfurter Börse die psychologisch wichtige Marke von 8000 Punkten. Seitdem ging es nur noch bergab. www.



BUCHFÜHRUNG

In der Schnäppchenfalle

Die Globalisierung heißt jetzt „Superkapitalismus“. In seinem gleichnamigen Buch zeigt der Wirtschaftswissenschaftler Robert Reich mit Blick auf die USA, wie die Wirtschaftslobby seit den Siebzigerjahren einflussreicher und die Demokratie schwächer wurde. Die Reaktion des Einzelnen auf diesen



Prozess hält Reich, der unter Bill Clinton Arbeitsminister war, für höchst paradox. Als Arbeitnehmer und Bürger beschweren wir uns über sinkende Löhne und unsichere Arbeitsplätze. Gleichzeitig erhöhen wir per Schnäppchenjagd den Kostendruck auf die Unternehmen. Von Entlassungen und Abwanderung in Niedriglohnländer profitieren wir wiederum als Anleger.

Sind wir selbst schuld an den Auswüchsen des Superkapitalismus? Das klingt zunächst einleuchtend, doch Reich überschätzt die Handlungsoptio-

nen des Konsumenten. Woraan soll er sein Kaufverhalten ausrichten? Der Preis verrät zu wenig über die Produktionsbedingungen einer Ware. Auch als Kleinaktionär ist der Einfluss auf ein Unternehmen gering.

Reich betont, dass die Wirtschaft nicht für das Gemeinwohl zuständig ist. Sie solle Profit maximieren. Moralische Appelle von Politikern lenkten nur davon ab, dass sie Regeln aufstellen, nach denen Konzerne spielen. Doch überzeugende Vorschläge, wie Staaten handlungsfähig gegenüber global agierenden Firmen werden und welche Rolle uns dabei als Konsument und Bürger zufällt, bleibt Reich schuldig. jg

Robert Reich: Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt. Campus Verlag, Frankfurt/Main 2008. 328 Seiten, 24,90 Euro.

Trautes Heim, Pech allein

Wenn es um private Altersvorsorge geht, setzen viele Deutsche auf die eigenen vier Wände. Sei es, weil sie die gepartete Miete als indirekte Aufstockung der Rente ansehen oder weil Immobilien einen soliden, inflations-sicheren Wert darstellen. Doch was, wenn die Eigentumswohnung den Anforderungen ihrer betagten Bewohner nicht mehr genügt? Und was, wenn das Haus weniger wert ist als gedacht – und deshalb ein Loch in der Altersvorsorge droht?



Wer sich vor dieser Frage drückt, kann später eine böse Überraschung erleben. Mit ihrem Ratgeber „Altersfalle Immobilie?“ bietet Christiane Harriehausen dem Leser die Chance, sich dem unter Umständen unangenehmen

Komplex Wohnen im Alter zu nähern. Die gerade einmal 130 Seiten des Buches reichen natürlich in keiner Weise aus, um das Thema in aller Ausführlichkeit zu behandeln. Für Leser, die einen Einstieg in die Auseinandersetzung suchen und dabei vielleicht auch psychologisch an die Hand genommen werden wollen, ist der Band jedoch hervorragend geeignet. Auch, wenn der mit einem Preis von 20,90 Euro relativ teuer ist. slj

Christiane Harriehausen: Altersfalle Immobilie? So werden Ihre vier Wände nicht zur Last. Tipps, Alternativen und Praxishilfen. Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt/Main 2008. 130 Seiten, 20,90 Euro.

BILANZPRÜFUNG

Aus dem RM vom 18. März 1988

„Glaubt man den Prognosen, so werden wir noch bis zum Jahr 2000 einem Arbeitslosenheer von zwei Millionen gegenüberstehen“, warnte der Rheinische Merkur vor genau 20 Jahren in einem Artikel über Arbeitszeiten. Damals kämpften verschiedene Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche in Deutschland. Und ausgerechnet ein Mann, der sich heute als Vorzeige-Linker geriert, versetzte den Gewerkschaften einen „Dolchstoß“, wie es ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies nannte: Oskar Lafontaine, der sich für den Posten des SPD-Kanzlerkandidaten empfehlen wollte, empfahl den Beschäftigten, weniger Stunden zu arbeiten und dafür auch auf Lohn zu verzichten. So würden neue Arbeitsplätze entstehen,

»In einer Umfrage gaben 68 Prozent der Beschäftigten an, auf Lohn verzichten zu wollen, wenn Arbeitsplätze geschaffen würden.«

glaubte der damalige saarländische Ministerpräsident.

Lafontaines Vorstoß verpuffte, obgleich er viele Sympathien erntete. Schon in der Vergangenheit hätten Arbeitszeitverkürzungen geholfen, die Arbeitslosigkeit in Maßen zu halten, sagten Ökonomen, denn immer weniger Arbeitsstunden seien notwendig, um ein immer größeres Bruttoinlandsprodukt zu erwirtschaften.

Doch der RM warnte: „Die Hoffnung, dass jeder Arbeitslose eine Anstellung findet, könnte sich als Trugschluss erweisen.“ Unternehmen ließen sich nämlich nicht zu Einstellungen verpflichten, was angesichts des Mangels an gut ausgebildeten Arbeitskräften auch verständlich sei. deg



Ablösung: Das Grundeinkommen soll das bestehende Sozialsystem ersetzen.

FOTO: ULRICH BAUMGARTEN/VARIO IMAGES

BRÜSSELER SPITZEN

Wir schufteten uns arm

Von Sabine Seeger

Rechtzeitig zu den Feiertagen hat der EU-Steuerkommissar Österreich ein Kuckucksei ins Osternest gelegt. Er will das Bankgeheimnis, das der Alpenrepublik viel Geld in die Kasse spült, aufbrechen. Das Bankgeheimnis sei obsolet, erklärt Laszlo Kovacs forsch im Wiener „Standard“. Damit wagt es der sonst so schüchterne Ungar tatsächlich, an der Festung zu rütteln. Ihm reicht die Blockade des österreichischen Finanzministers Wilhelm Molterer nun. Der Sozialdemokrat hatte sich beim letzten Finanzministertreffen jeder Öffnung verweigert. Sein Land gibt ebenso wie Luxemburg und Belgien keine Daten über Zinserträge auf Konten von EU-Ausländern frei. In den drei Ländern

greift die Zinsbesteuerungs-Richtlinie noch nicht, die Banken in anderen EU-Staaten zur Preisgabe zwingt. Allerdings gaben die beiden Beneluxstaaten unter dem Druck der Liechtenstein-Affäre jetzt zu erkennen, dass sie sich schon früher der Verpflichtung anschließen könnten. Allein Österreich bleibt hart, weshalb Kovacs ihnen die Leviten las: „Die Frage des Bankgeheimnisses ist eine Frage der Moral.“ Das Bankgeheimnis sei ein „Überbleibsel aus einer Epoche mit anderen Rahmenbedingungen“.

Vom Zorn erfasst sind auch Europas Gewerkschaften. Niedriglöhne, Zeitverträge und Armut – kurz: europaweites „working poor“ – treiben die Vertreter der Arbeitnehmer zum Protest. Die Zahl schlecht bezahlter und unsiche-

rer Arbeitsverhältnisse habe in den vergangenen zehn Jahren drastisch zugenommen, warnte der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), John Monks, jüngst in Brüssel. Er verwies auf 17 Millionen Arbeitnehmer in der Union, die bereits in Armut lebten, und auf 31 Millionen, die zu Niedriglöhnen schufteten. Deutschland kam dabei besonders schlecht weg. Im deutschen Westen erhielten Niedriglöhner gerade mal 6,86 Euro Stundenlohn, im Osten beschämende 4,86 Euro. Fast ein Viertel aller deutschen Arbeitnehmer – genau 22 Prozent – arbeiteten im Niedriglohnssektor. Ein europäischer Rekord, der nur durch Großbritannien übertroffen würde. Das wollte die EU-Kommission dann doch nicht so stehen lassen und verwies flugs auf 6,6

Millionen EU-weit neu geschaffene Arbeitsplätze. Auch mit einer auf unter sieben Prozent gefallene Arbeitslosenquote konterte José Manuel Barroso die Vorwürfe. Der Kommissionspräsident versprach aber besser bezahlte Jobs. Dazu soll seine Behörde mehr für Bildung und Ausbildung tun.

Deutschland hat einen neuen Spitzenmann in der EU-Kommission. Peter Zangl ist in der vergangenen Woche zum Generaldirektor für Humanitäre Hilfe ernannt worden. Der Ökonom startete seine Laufbahn beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung in Essen und stieß bereits 1978 zur Kommission. Zuletzt diente er Informations- und Medienkommissarin Viviane Reding als Vize-Generaldirektor.